

Besprechungssessay

Fordismus perdu. Über die Krise der Arbeit und die Ungerechtigkeiten am Arbeitsplatz

Walther Müller-Jentsch*

Die Arbeits-, Betriebs- und Industriesoziologie hat in Deutschland eine lange Tradition – man denke nur an Namen wie Max Weber, Helmut Schelsky, Ralf Dahrendorf, Heinrich Popitz (die als Industriesoziologen zugleich auch Gesellschaftsanalytiker waren) oder an Goetz Briefs, Ludwig von Friedeburg, Theo Pirker, Burkart Lutz, Friedrich Fürstenberg, Horst Kern und Michael Schumann. Sie alle haben dazu beigetragen, dieser Disziplin ein prägnantes Profil zu geben, das heute indes durch eine kaum noch überschaubare Anzahl von Publikationen zu Spezialthemen zunehmend ausgefranst ist. Die „Entgrenzung der Arbeit“ ging einher mit einer Entgrenzung dieser speziellen Soziologie. Wann zuletzt ist aus diesem wissenschaftlichen Bereich ein Buch hervorgegangen, das über die industriesoziologische Profession hinaus größere Aufmerksamkeit gefunden hätte? Obwohl ursprünglich aus der Industriesoziologie kommend, hat Ulrich Beck mit seiner „Risikogesellschaft“ zwar ein viel beachtetes Buch veröffentlicht, aber auf einem völlig anderen Themenfeld.

Auf dem Gebiet der Arbeitssoziologie, so scheint es, verdanken wir heute der zeitgenössischen französischen Soziologie bedeutendere Anregungen. Hinreichenden Anlass zu dieser Vermutung geben die beiden hier zu besprechenden Veröffentlichungen von Robert Castel und François Dubet, die in der Tradition von Bourdieu und Touraine stehen und sich mit souveränem Zugriff zwei großen Themen widmen.

Robert Castel: Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums

Hamburger Edition HIS Verlagsgesellschaft mbH, Hamburg 2011. 383 S., € 32.-

François Dubet: Ungerechtigkeiten. Zum subjektiven Ungerechtigkeitsempfinden am Arbeitsplatz

Hamburger Edition HIS Verlagsgesellschaft mbH, Hamburg 2008. 515 S., € 38.-

Robert Castel (Jahrgang 1933), der ursprünglich der Foucaultschen Schule nahe stand und in den 1960er Jahren mit Pierre Bourdieu zusammengearbeitet hat, gilt als einer der einflussreichsten Soziologen Frankreichs. Einige seiner Bücher wurden ins Deutsche übersetzt, darunter eine instruktive „Chronik der Lohnarbeit“, die im Jahre 2000 unter dem Titel „Metamorphosen der sozialen Frage“ erschienen ist (Castel 2000). Im

* Dr. Walther Müller-Jentsch, Jg. 1935, Prof. em. für Soziologie (Lehrstuhl Mitbestimmung und Organisation) an der Ruhr-Universität Bochum.

Anschrift: Alte Landstr. 211, D – 40489 Düsseldorf. E-Mail: w.mueller-jentsch@rub.de.

vorliegenden Band „Die Krise der Arbeit“ hat Castel Aufsätze aus den Jahren 1995 bis 2008 in stark überarbeiteter Form und mit einer langen Einleitung zusammengestellt.

Transformation der Gesellschaft und Krise der Arbeit

Die Einleitung mit dem Titel „Eine ‚große Transformation‘“ erinnert bewusst an Karl Polanyis „Great Transformation“ (Polanyi 1978). Hatte Polanyi den Übergang von der traditionellen Ökonomie in das Zeitalter des liberalen Industriekapitalismus untersucht, dann geht es Castel um den Systemwandel vom fordistischen Industriekapitalismus zu einem neuen Regime, das noch nicht präzise benannt werden kann (es als „postindustriell“ oder „postfordistisch“ zu bezeichnen, ist eher eine Verlegenheitslösung), aber dessen Grundtendenzen herausgearbeitet werden können.

Als Ausgangsfolie für die Dynamik des gesellschaftlichen Umbruchs dient Castel der „soziale Kompromiss des Industriekapitalismus“. Dieser beruhte auf dem „Zusammenwirken zwischen der kollektiven Organisation der Arbeit, der Existenz von Sozialpartnern als kollektiver Akteure und einer starken Präsenz des Sozialstaates, der dem zwischen Kapital und Arbeit ausgehandelten Interessenausgleich Gesetzeskraft“ (S. 18) gab und für drei „glorreiche“ Nachkriegsjahrzehnte (*Trente Glorieuses*) die Arbeitnehmerschaft durch kollektive Gewährleistung des Beschäftigungsverhältnisses und der sozialen Sicherung gesellschaftlich integrierte. Charakteristisch für diese auch als „Fordismus“ bezeichnete industriekapitalistische Formation war eine – dem sozialrechtlich regulierten Lohnarbeiterstatus für die große Mehrheit der Bevölkerung zu verdankende – soziale Balance trotz weiterhin bestehender sozialer Ungleichheiten.

Das neue Regime des postindustriellen Kapitalismus wird hingegen von „einer durchgängigen Entkollektivierungs- und Reindividualisierungs-Tendenz beherrscht“ (S. 18), mit dem Vordringen eines marktorientierten Denkens auf sozialem Gebiet und dem Appell zu Eigenverantwortung und Selbstvermarktung. Die Auswirkungen der Individualisierung haben die Aufspaltung in zwei Arten von Individuen zur Folge: die einen sind mit allem versorgt, während es den anderen an allem mangelt. Auch Castel spricht von einer Risikogesellschaft, definiert sie aber anders als Beck. Für ihn besteht die zentrale Herausforderung in der fehlenden Risikoabsicherung gegen die Tendenzen zur Massenarbeitslosigkeit und Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse. Es sind dies Risiken, welche die Kapazitäten des Sozialstaats in Frage stellen.

Castels Buch ist in drei Teile gegliedert:

1. Die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse,
2. Der Umbau der Sozialsysteme,
3. Die Wege der Entkoppelung.

Im ersten Teil thematisiert Castel zunächst die historische Bedeutung des Arbeitsrechts, welches unfreie Arbeitsverhältnisse in Rechtsverhältnisse transformierte und den lohnabhängigen Arbeitern einen gesetzlich und rechtlich geregelten Arbeitnehmerstatus einräumte. Das Arbeitsrecht besiegelt das Bürgerrecht des Arbeitnehmers. Im Arbeitsrecht erkennt Castel eine „reformistische Kompensation für den Verzicht auf die Abschaffung des kapitalistischen Systems oder für deren Unmöglichkeit. (...) Es stellt den größtmöglichen Vorstoß im Rahmen des Kapitalismus dar“ (S. 74).

Diese auf dem „sozialen Kompromiss“ beruhende Rechtsentwicklung begann im ausgehenden 19. Jahrhundert und erreichte Mitte der 1970er Jahren ihren Höhepunkt. Seither erfolgt durch die zunehmende Dominanz des internationalen Finanzkapitals, das die Unternehmen zu maximalen Renditen zwingt, ein Abbau der Regulationsformen der Arbeit. Castel konstatiert zwar eine Tendenz zum „Verfall der Arbeitsgesellschaft“, wendet sich aber ausdrücklich gegen Horrorszenarien von einem „Ende der Arbeit“ oder einem „Auszug aus der Arbeitsgesellschaft“. Für ihn behält die Lohnarbeit einen zentralen Stellenwert in der Sozialstruktur. Und die Tatsache, dass neue Arbeitsformen entstehen, bedeutet nicht zwangsläufig das Verschwinden der alten.

Damit werden schwerwiegende Probleme einer Reform des Arbeitsrechts aufgeworfen. Soll seine bisherige Grundlage vom Arbeitsverhältnis (das heißt vom „Beschäftigungsmodell“) auf den persönlichen Status umgestellt werden, wie es etwa im Projekt des bedingungslosen Grundeinkommens angedacht ist? Castel hält die Rede vom „Ende des Arbeitnehmerstatus“ für „blanken Unsinn“ (S. 109) und plädiert einerseits für eine Beibehaltung „des im der Arbeitsgesellschaft entwickelten Zusammenhangs von Beschäftigung und sozialer Sicherheit“ (S. 110f.) und andererseits für „neue Regulationen für alle jene Arbeitsverhältnisse (...), in denen die Regulationen des klassischen Beschäftigungsverhältnisses nicht mehr greifen“ (S. 111).

Letzteres bezeichnet er mit „Institutionalisierung des Prekariats“, deren Grundlagen die beiden Tendenzen zur Verstetigung der Massenarbeitslosigkeit und zur Ausbreitung atypischer Beschäftigungsverhältnisse bilden. Er sieht darin eine Entwicklung, die offensichtlich darauf hinausläuft, die strukturelle Nichtbeschäftigung durch Unterbeschäftigung zu beseitigen, und fragt sich, ob mit dem Status des „mobilen Erwerbstätigen“ prekäre Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit wirksam abgesichert werden können. Offensichtlich erwartet er, wie er im Abschlusskapitel andeutet, dass das in Frankreich erst kürzlich eingeführte „aktive Solidaritätseinkommen“ (*Revenu de solidarité active – RSA*) der „sozialhilfegestützten Prekarität allgemeineren Status verleihen“ könnte (S. 359).

Mit einer gewissen Insistenz kommt Castel immer wieder auf den Dualismus von noch gesicherten (fordistischen) Arbeitsverhältnissen und der Zunahme von prekären (postfordistischen) Beschäftigungsformen zurück. Beide Formen benötigen unterschiedliche Sicherungssysteme; kontraproduktiv wäre es, wenn durch die Absicherung der neuen Formen die alten Sicherungssysteme außer Kraft gesetzt würden. Eine weitere entscheidende Konsequenz sieht er in der fortschreitenden Differenzierung der Arbeiterklasse. Deren „Entkollektivierung“ begünstigt eine fatale Bewusstseinslage. Zwar unterscheiden die „Volksklassen“ weiterhin zwischen „denen da oben“ und „wir hier unten“, aber diese Dichotomie löst sich durch eine zusätzliche Spaltung auf der Ebene des „wir“ auf, mit der Stoßrichtung gegen „die ganz oben“ und „die ganz unten“. Unter den relativ stabilen Segmenten der Arbeitnehmerschaft verbreitet sich eine politisch brisante Stimmung gegen Migranten, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, nicht integrierte Jugendliche – gegen die Gruppen, die „nicht arbeiten, weil sie nicht wollen“ (S. 306).

Nun ist es für Castel unabweisbar, dass wir heute um Reformen „in der Tat nicht herumkommen“ (S. 220). Wichtig dünkt ihm aber eine Differenzierung zwischen dem liberalen und linken Reformismus, auf die er ebenfalls häufig verweist. Der liberale

oder rechte Reformismus ist im Grunde genommen ein Plädoyer für „Gegenreformen“; er konstruiert eine „Dichotomie zwischen einem geschützten Sektor von Privilegierten und einer Welt von Prekariern und Exkludierten“ (S. 231). Mit seinem Bestreben, dem Markt freie Bahn zu schaffen, kann sein Ziel nicht sein, die Ausgeschlossenen zu integrieren, sondern die Gesicherten zu Prekarisierten zu machen. Dagegen ist der Ausgangspunkt eines linken Reformismus ein Kontinuum von Arbeitnehmerlagen, das sich insgesamt auf dem Weg der Deregulierung und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse befindet. Es enthält Bereiche von stabileren und fragileren Lagen, zwischen denen erhebliche soziale Ungleichheiten bestehen, freilich mit der Gefahr des allzeit drohenden Statusabbaus für die noch Gesicherten. Der linke Reformismus muss daher im allgemeinen Interesse und nicht zur Erhaltung überkommener Vorteile die sozialen Rechte verteidigen; denn „gegen die Degradierung des Arbeitnehmerstatus zu kämpfen bedeutet (...) auch dafür zu kämpfen, dass jeder einen Status behält oder erlangt, und dadurch auch für die ‚Ausgeschlossenen‘ zu kämpfen, weil damit der Prozess der Deregulierung bekämpft wird, der sie produziert“ (S. 234).

Der Verfasser gibt sich keinen Illusionen darüber hin, dass Gegenwart und Zukunft unserer Zivilisation ohne eine starke Präsenz des Marktes nicht vorstellbar ist, stellt aber dem Postulat der „Verallgemeinerung des Marktes“ das der „Verallgemeinerung der Arbeit“ gegenüber. Beide müssten miteinander in Einklang gebracht werden. Zu diesem Zweck seien Ab- und Entkoppelungsprozesse, die vom Zentrum und nicht von der Peripherie der Gesellschaft ausgehen, folglich die ganze Gesellschaft durchziehen, rückgängig zu machen und präventive statt instandsetzende soziale Maßnahmen zu initiieren. Das heißt: Soziale Maßnahmen dürfen nicht auf die Ränder verschoben werden.

Der dritte Teil des Buches enthält eine Reihe von verschiedenartigen Beiträgen, deren breites Spektrum mit der Überschrift „Wege der Entkoppelung“ eher vage umschrieben wird. Etwas erratisch erscheint der erste dieser fünf Aufsätze, der die Geschichte von Tristan und Isolde unter dem Gesichtspunkt ihrer Abkoppelung, ja Negierung von Gesellschaft nacherzählt und interpretiert. Ihre absolute Liebe endet folgerichtig mit dem sozialen und physischen Tod. Zwei weitere Aufsätze befassen sich mit der Geschichte der gesellschaftlichen Marginalisierung und Exklusion. „Warum die Arbeiterklasse den Kampf verloren hat“ lautet der Titel eines Beitrags, der die zunehmende Differenzierung der Arbeitnehmerschaft, die sozialpolitischen Erfolge von Gewerkschaften und Arbeiterparteien sowie die Entkollektivierungs- und Individualisierungsprozesse für den Bedeutungsverlust der Arbeiterklasse als politische Gestaltungsmacht verantwortlich macht. Als solche aber würde sie gerade in der heutigen Zeit benötigt, wo die Arbeitnehmer einem verstärkten Druck zur Mobilität, Anpassungsfähigkeit und Flexibilität ausgesetzt sind.

Das abschließende Kapitel bietet eine fundierte Abhandlung über die „Genealogie des hypermodernen Individuums“. Im historischen Ablauf diskutiert Castel die institutionellen Voraussetzungen für die Konstituierung des Individuums in der Gesellschaft. Ausgehend vom Monotheismus (vor Gott sind alle Menschen gleich) erkennt er jedoch in der modernen Welt – mit John Locke – im Privateigentum die entscheidende Grundlage für die volle Anerkennung als Individuum mit einem bürgerchaftlichen Status: „das moderne Individuum, der Bürger, ist derjenige, der gleich-

zeitig Eigentümer seiner selbst und Besitzer von Gütern ist“ (S. 335). Die große Mehrheit der Nichteigentümer hatte in der Frühzeit der Industrialisierung quasi einen gesellschaftlich exterritorialen Status, als Tagelöhner und Lohnarbeiter gehörten sie nicht zur bürgerlichen Gesellschaft. Erst die in einem langen Prozess von Konflikten und Kämpfen, Kompromissen und Verhandlungen durchgesetzten Sicherungsformen garantierten Rechte, die Castel als das mit der Arbeitnehmerlage verbundene *Sozialeigentum* nennt; in ihm sieht er ein „Äquivalent zum Privateigentum“ (S. 340). „Über die Tarifverträge hinaus macht das gesamte Gebäude arbeits- und sozialrechtlicher Kollektivregulationen das Arbeitnehmerindividuum zum Eigentümer von Rechten“ (S. 340). Wie in den voranstehenden Beiträgen dargelegt, ist seit einiger Zeit der Status des geschützten Lohnabhängigen in eine Drift von Deregulierung und Flexibilisierung, bis zur Prekarisierung geraten. Die Zukunft von Sozialeigentum und mit ihm die soziale Bürgerschaft ist daher ungewiss.

Castel skizziert abschließend zwei auseinanderdriftende Tendenzen zum „hypermodernen Individuum“: die eine ist die zum „Individuum im Übermaß“, die andere zum „bloßen Individuum“. Individuen im Übermaß koppeln sich von oben von kollektiven Bindungen ab, sie entziehen sich der Gesellschaft und pflegen auf der Basis eines Überflusses an Voraussetzungen einen übertriebenen Individualismus, während den bloßen Individuen von unten die Grundvoraussetzungen für eine gesellschaftliche Integration entzogen werden. Wir haben es hier mit zwei Extremformen der modernen Individuen zu tun, die anomische Tendenzen in der Gesellschaft kenntlich machen, aber keineswegs die Mehrheit der heutigen Gesellschaftsmitglieder umfasst.

Pluralität der Ungerechtigkeiten

François Dubet (Jahrgang 1946) zentriert seine Publikation auf das Thema der „moralischen und normativen Dimensionen gesellschaftlicher Erfahrungen“ (S. 41), die er in dem subjektiven Ungerechtigkeitsempfinden am Arbeitsplatz aufspürt. Bewandert in der theoretischen Literatur über Gleichheit, Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit und beeinflusst von Alain Touraines empirischen Untersuchungen über soziale Bewegungen, hat Dubet in einer großangelegten empirischen Untersuchung mit einem Forschungsteam bei etwa 1500 Erwerbstätigen (Arbeiter, Angestellte, Akademiker, Handwerker, Kaufleute, Landwirte, Unternehmer) deren subjektives Ungerechtigkeitsgefühl in Einzelgesprächen, Gruppendiskussionen und mit Hilfe standardisierter Fragebogen ermittelt und in einen interpretativen Rahmen eingebettet. Faszinierend an dem Buch ist, dass das reichhaltige empirische Material in einer Weise organisiert wird, die viele Befragte mit Originalzitaten plastisch zu Wort kommen lässt und diese wiederum mit theoretischen Überlegungen verwebt. Ähnlich hat es Bourdieu (1982) in seinen „Feinen Unterschieden“ gemacht.

Dubet geht von einer pluralen Theorie der Gerechtigkeit aus. Er schlüsselt den Gerechtigkeitsbegriff nach drei zentralen und widersprüchlichen Prinzipien auf, die nicht aufeinander zurückführbar sind: *Gleichheit, Leistung und Autonomie*. Nachdem er diese in der langen Einleitung expliziert hat, unterlegt er ihnen in den ersten drei Kapiteln eine Auswahl seiner Befragungsergebnisse. Nicht direkt sprechen die Befragten jedes dieser Prinzipien, etwa das Prinzip der Autonomie, an, doch kann der Autor ihre Urteile meist zwanglos auf sie zurückführen.

Im Kapitel „Gleichheit“ geht es nicht um Egalitarismus, sondern um „Gleichheit als eine gerechte Ordnung“ (S. 95). Die Befragten beurteilen ihre Position in Gesellschaft und Arbeitsorganisation unter dem Gesichtspunkt einer gerechten Statushierarchie. Dabei vermischen sich zwei Auffassungen von Gleichheit, die der Positionen und die der Startchancen. Ihre Urteile basieren auf der Vorstellung von mehr oder weniger erträglichen Ungleichheiten. Anders gesagt, nicht die soziale Ungleichheit der Positionen als solche, sondern die als ungerecht und demütigend empfundenen Ungleichheiten sowie die Verwehrung gleicher Chancen rufen ihre Kritik hervor. Status- und Einkommensdifferenzen werden akzeptiert, wenn sie sich in einem vernünftigen Maß bewegen. Als skandalös empfunden werden hingegen die Ungleichheiten, die bei den Extremgruppen der Superreichen und der ausgrenzten Gruppe von Arbeitslosen, Vorstadtjugendlichen und Obdachlosen zu beobachten sind. Die Ungleichheiten dazwischen erscheinen als „relativ und alles in allem tolerierbar“ (S. 89).

Das im Kapitel „Leistung“ dokumentierte und interpretierte Material legt eine vorherrschend meritokratische Einstellung bei der Mehrheit der Befragten an den Tag. Im Grunde ziehen alle Arbeitenden die Leistung als ein Prinzip der Gerechtigkeit heran. Nach einer von Dubet zitierten internationalen Umfrage in 24 Ländern rangiert Leistung als das zweithäufigste Prinzip der Gerechtigkeit, nach den Grundbedürfnissen und noch vor der Gleichheit. Es geht den Befragten primär um die Angemessenheit der Entlohnung für ihre Leistung und ihr Engagement. Diese „arithmetische Regel“ wird nach ihrem Empfinden immer dann verletzt, wenn Dienstalter, Status, Diplom, Beziehungen und Günstlingswirtschaft das Leistungsprinzip bei Seite schieben. Vorherrschend ist die Kritik am Ungleichgewicht von Leistung und Gegenleistung, das auch als Ausbeutung empfunden wird.

Das Kapitel „Autonomie“ expliziert das dritte Gerechtigkeitsprinzip im Spannungsbogen von Selbstverwirklichung und Entfremdung. Das Autonomieprinzip beruht auf der Überzeugung, „einen eigenen Wert zu haben, eine Freiheit, die von den Arbeitsbedingungen bedroht wird“ (S. 147). Ein wichtiger Bezugspunkt der Autonomie ist der Beruf; er vermittelt dem Arbeiter Stolz und Würde, das Gefühl, nicht bloße Arbeitskraft zu sein. 50 Prozent der befragten Arbeitnehmer lieben ihre Tätigkeit, weil sie stolz auf ihre Ergebnisse sind und sagen können „Das habe ich gemacht“ (S. 167). Wem dieser Bezugspunkt fehlt, der möchte sich der Lohnarbeit entziehen, um sein eigener Herr zu sein. Von denen, die sich in abhängigen Arbeitsverhältnissen für dieses Ziel abmühen, wird der Weg dahin bereits als ein Stück Autonomie erfahren. Meist geht es eher bescheiden um Freiräume in der Arbeit, die weniger gewährt als erobert werden müssen. Dabei kommen den Arbeitenden die von den Organisationssoziologen als „Unbestimmtheitszonen“ des Arbeitsprozesses bezeichneten Räume entgegen (vgl. Müller-Jentsch 2003: 57-59). Sogar die Zeitarbeit erscheint einigen als eine Möglichkeit, ein wenig Kontrolle und Autonomie zu bewahren. Befriedigende Gefühle der Autonomie äußern vornehmlich Angehörige von Berufen des Gesundheits- und Erziehungswesens, der Sozialarbeit und der Kunst; das sind Berufe, die häufig im Zeichen der „inneren Berufung“ ergriffen wurden.

Den Gegenpol der Autonomie bildet die Entfremdung, der totale Autonomieverlust durch Zerstörung jeder persönlichen Initiative. Verbreitet ist die Kritik an der verschärften Kontrolle der Arbeit durch Vorgesetzte, die Engagement und Initiative

unterbinden. Die physische Spur der Entfremdung sind Erschöpfung und Stress. Über 70 Prozent der Befragten fühlen sich von ihrer Arbeit erschöpft, fast die Hälfte gestresst (S. 176).

Mit der Konstruktion von intermediären Sphären der Kritik an Ungerechtigkeiten verfeinert Dubet sein Kategoriennetz, indem er die drei Grundprinzipien der Gerechtigkeit miteinander verknüpft und dadurch praktischere Kategorien erhält. Die Sphäre des *Rechts* überspannt die Prinzipien Gleichheit und Leistung, die Sphäre der *Macht* Leistung und Autonomie und die Sphäre der *Anerkennung* Autonomie und Gleichheit. Die befragten Individuen sprechen „ebenso sehr oder sogar noch mehr von Recht, Macht und Anerkennung als von Gleichheit, Leistung und Autonomie, weil diese Begriffe näher an ihrer Erfahrung liegen“ (S. 220). Da es sich um Kombinationen „reiner“ Prinzipien handelt, hat die in ihrem Namen geäußerte Kritik einen ambivalenten und unbeständigen Charakter. So ist etwa die Forderung nach Anerkennung „unerschöpflich, weil sie gleichzeitig auf einen Wunsch nach Autonomie und auf einem Bedürfnis nach Gleichheit beruht“ (S. 221).

Als Leitmotto des Buches könnte Dubets Diktum gelten: „Für die Individuen sind alle Prinzipien der Gerechtigkeit von Bedeutung, obgleich sie sich alle gegenseitig widersprechen“ (S. 222). Er entfaltet aus den Aussagen ein Ensemble von konträren Positionen: Gleichheit versus Egoismus und Anomie, Leistung versus Privilegien und Günstlingswirtschaft, Autonomie versus Egalitarismus. Darin sieht er auch den Grund für die widersprüchliche Kritik und den „vernichtenden Pessimismus“, den zwei Drittel der Befragten zum Ausdruck bringen. Relativiert wird deren Urteil indes, wenn zwischen „Weltdeutung“ und „Selbstdeutung“¹ differenziert wird: Während sie die gesellschaftliche Lage als katastrophal beurteilen, schätzen sie ihr eigenes Schicksal als weniger schlimm ein (S. 257). Dubet führt dies zurück auf ein „Rondo endloser Kritik, indem die Subjekte immer neue Standpunkte und Perspektiven einnehmen“ (S. 262).

Ein zentrales Kapitel thematisiert die gesellschaftliche Verteilung der Gerechtigkeitsurteile im gesellschaftlichen Raum. Die Befunde einer Fragebogenaktion unter 1144 erwerbstätigen Personen zeigen nur noch einen losen Zusammenhang zwischen sozialem Status und der Präferenz für bestimmte Gerechtigkeitsprinzipien. „Alle sozialen Kategorien sehen sich als Opfer von Ungerechtigkeiten in Bezug auf Gleichheit, Leistung und Autonomie“ (S. 273). Auch der für das Erleben von Ungerechtigkeiten gebildete „Ungerechtigkeitsindex“ zeigt allein für die am weitesten entfernten Pole der sozialen Schichtung – Unternehmer einerseits und Arbeiter andererseits – signifikante Differenzen im Erleben von Ungerechtigkeiten. Eine für die Arbeiterschaft typische Form des Gefühls der Ungerechtigkeit beruht auf der statusbezogenen Abwertung der Arbeiteridentität und auf schlechten Arbeitsbedingungen, aber auch sie tritt nur bei einer Minderheit der befragten Arbeiter auf. Grosso modo sind bei den Befragten weder die Bezugnahmen auf Gerechtigkeitsprinzipien noch die Ungerechtigkeitserlebnisse durch kollektive Erfahrungen, politische Bindungen oder Klassenideologien geprägt, sondern durch ihre persönliche Situation. Dadurch erklärt sich auch, dass die Akteure die erlittenen Ungerechtigkeiten eher moralisch als politisch bewerten.

¹ Dubet übernimmt diese begriffliche Differenzierung von Georg Simmel (1923, Neuausgabe 1983: 183-207).

Nicht anders verweisen die Ungerechtigkeitsgefühle besonders benachteiligter Gruppen, wie Prekäre, Frauen und rassistisch Diskriminierte, auf ihre besondere Situation. „Die Prekären fühlen sich ganz unabhängig von ihren Arbeitsbedingungen diskriminiert, die Deklassierten empören sich über die Nichtanerkennung ihrer Ausbildung, die Frauen fühlen sich ‚als Frauen‘ ungleich und die Rassisierten leiden nach eigenem Bekunden unter dem Rassismus“ (S. 303).

Die Befragung ergab, dass auch die Kehrseite, das Verlangen nach Gerechtigkeit, von politischen und gesellschaftlichen Spaltungen entkoppelt ist: „In unserer Erhebung sind alle gleichzeitig der Meinung, dass Gleichheit wünschenswert, Leistung gerecht und Autonomie ein zentraler Wert ist. Die Gerechtigkeitsprinzipien fallen aber nicht mit Weltbildern zusammen und ordnen sich nicht in die politisch repräsentierten gesellschaftlichen Spaltungen ein“ (S. 310).

Essenz dieses fulminanten Buches ist die vielstimmig artikulierte Klage über eine ungerechte Welt. Die Akteure, resümiert Dubet, eignen sich die Welt eher durch Kritik als durch Zustimmung an, wobei die Kritik „a-utopisch“ bleibt (S. 482f.). Nirgends scheint die Utopie einer gerechten Gesellschaft mehr auf; sie hat, wie Jürgen Habermas bereits 1985 konstatierte, ihre visionäre Kraft verloren (Habermas 1985: 141-163). Trost finden die Individuen allenfalls darin, dass es der Gesellschaft grundsätzlich schlechter geht als den Individuen, die sie ausmachen und beurteilen. Damit schließt sich der Kreis zu Castels pessimistischen Überlegungen zum modernen Individuum mit der Tendenz zur Entgesellschaftlichung. Es sind diese (und andere) heiklen gesellschaftlichen Zustände, die freilich auch die Ohren öffnen für die eindringliche Mahnung des greisen, aber quicklebendigen Deutsch-Franzosen Stéphane Hessel: „Empört Euch!“

Literatur

- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main.
- Castel, Robert (2000): Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz.
- Habermas, Jürgen (1985): Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien. In: Ders.: Die Neue Unübersichtlichkeit. Frankfurt am Main.
- Müller-Jentsch, Walther (2003): Organisationssoziologie. Eine Einführung. Frankfurt am Main.
- Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt am Main.
- Simmel, Georg (1983): Der Begriff und die Tragödie der Kultur. In: Ders.: Philosophische Kultur. Berlin, Erstausgabe Potsdam 1923.